

Ihnen geht es nicht tatsächlich um Realisierung, auch Sie wollen in die Büsche. Wer im Wesentlichen platt einfordert, Hartz muss weg, der will auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS, dass Sozialhilfempfänger und Langzeitarbeitslose dauerhaft in Arbeitslosigkeit verbleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das nämlich wäre die bisherige Realität und das wäre die logische Konsequenz, vor allen Dingen eine bittere Konsequenz für die Sozialhilfeempfänger, die bisher kaum einen Anspruch auf Arbeitsmarktförderung durch die Bundesagentur für Arbeit hatten. Ich kenne mich da bestens aus und weiß, es gab Einzelprojekte "Arbeit statt Sozialhilfe" und es gab die Rolle als Bittsteller bei der Agentur für Arbeit, mehr aber auch nicht.

Ihre Grundsatzkritik wundert mich in diesem Zusammenhang dann schon, denn die Verbesserung für die Sozialhilfeempfänger würde mit einem "weg von Hartz IV" auch dann den Bach runtergehen. Wenn Sie tatsächlich an einer Verbesserung der Förderung für Langzeitarbeitslose interessiert sind, dann müsste Ihnen doch unser Antrag plausibel sein. Sehen Sie sich doch auch den zweiten Teil Ihres Antrags an. Vieles dort und einiges mehr sind Bestandteile unseres Antrags mit dem wesentlichen Unterschied, dass wir die Bundesmittel in den Kommunen für die Wohnungs- und Beratungsabsicherung der Arbeitslosen benötigen. Das sollte doch auch Ihren Intentionen entsprechen, also springen Sie doch endlich mal über den großen Schatten momentaner Popularität und Populismus und tun Sie etwas für die berufliche Integration Langzeitarbeitsloser.

(Beifall bei der SPD)

Selbst Gregor Gysi verkündet ja nun, dass die prinzipielle politische Auseinandersetzung und eine gute handwerkliche Umsetzung zwei paar Schuhe sind.

Liebe Kollegen von der CDU und von der PDS,

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Aber nicht die Volkskontrolle!)

lassen Sie mich zum Schluss nochmals auf die Aufforderung des Landrats im Eichsfeldkreis zurückkommen, für eine gute handwerkliche Umsetzung, für eine konstruktive Mitverantwortung des Landes zu sorgen. Da hat er nämlich zweifelsohne Recht, der Herr Landrat. Der Ihnen vorliegende Antrag bietet all diese Chancen, wenn wir uns im zuständigen Fachausschuss schnellstmöglich damit befassen und wenn die Landesregierung parallel dazu die notwendigen konzeptionellen Vorarbeiten leistet. Wir

möchten, dass nicht nur jeder junge Mensch unter 25 Jahren, sondern möglichst viele der anderen Arbeitslosen ab 1. Januar des nächsten Jahres tatsächlich Unterstützung erhalten, mehr als bisher gefördert werden. Und wir erwarten, dass dazu alle finanziellen Mittel in den Regionen ebenso gebündelt werden wie die Kraft der Arbeitsmarktakteure.

Ohne rhetorische Nebelkerzen gibt es eine gemeinsame Schnittstelle oder Schnittmenge aller Fraktionen dieses Hauses, deshalb noch mal mein Appell: Lassen Sie uns den Antrag im zuständigen Ausschuss beraten und lassen Sie uns unter Nutzung der ESF-Mittel und der Landesarbeitsmarktförderung für eine bessere Qualität der notwendigen Förderangebote Sorge tragen. Lassen Sie uns gemeinsam den Beweis antreten, alles getan zu haben, möglichst vielen der jetzt arbeitslosen Menschen eine tatsächliche Chance für eine existenzsichernde Arbeit anzubieten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Schipanski:

Als nächster Redner hat sich Herr Günther gemeldet.

Abgeordneter Günther, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vorerst danke ich im Namen meiner Fraktion für den umfassenden, klaren Bericht der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Er macht unter anderem die politische Grundlinie der CDU-Fraktion sehr deutlich.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Auch mit der Landesregierung.)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Es ist aber die CDU!)

Wir tragen das Zusammenlegen der beiden steuerfinanzierten Grundsicherungssysteme grundsätzlich mit. Wir haben dem Bundesgesetz zugestimmt und werden am Umsetzungsprozess konstruktiv mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass möglichst schnell ein Landesausführungsgesetz auf den Weg gebracht wird. Zwei gleichartige Leistungen zusammenzulegen macht einfach Sinn, insbesondere im Blick auf das Fördern und Fordern. Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass bei dem Ansatz des Gesetzes, der mit

Blick auf ganzheitliche Reformen - und nur dann macht Hartz IV Sinn - auch dass zwingend notwendig ist, die Umsetzung des Gesetzes auf Bundesebene besser durchdacht worden wäre. Zu viele handwerkliche Fehler geben auch heute Anlass zu dieser Debatte und sind Ursache für erhebliche Unsicherheiten bei den Betroffenen.

(Beifall bei der CDU)

Einer der gravierendsten Fehler ist die mangelhafte Einbeziehung und Information der Öffentlichkeit und der Kommunen. Wie bereits von Minister Reinholz ausgeführt, muss bei der derzeitigen emotional geladenen Atmosphäre dringend auf Versachlichung gesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen handeln und wenn erforderlich auf jeden Einzelfall eingehen. Ein Hauptproblem der regionalen Arbeitsgemeinschaften bzw. Entscheidungsträger ist momentan die terminliche Planung der gesamten Hartz-IV-Umsetzung. Die Rückläufe der Anträge laufen nur sehr stockend und es ist zu befürchten, dass eine Anzahl von Betroffenen am 31.01.2005 keine Sozialleistung erhalten wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf,

(Beifall bei der CDU)

wenn man bedenkt, dass derzeit im Durchschnitt 16 Prozent der Anträge zurückgegangen sind.

Ein zweites und mindestens ebenso großes Problem sind die erforderlichen Qualifikations- bzw. Ausbildungsmaßnahmen, die für Jugendliche unter 25 Jahren laut Gesetz zur Verfügung gestellt werden müssen. An dieser Stelle müssen Wirtschaft, Land und BA ein System entwickeln, das auf einfache, praxisnahe und effiziente Weise eine Nachfrageermittlung, die sowohl die zahlenmäßigen, aber auch qualitativen Ansprüche des Arbeitsmarkts berücksichtigen müssen und die folgende Vermittlung der Stelle garantiert. In den mir bekannten Gebietskörperschaften arbeiten Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und der Sozialämter seit langem in gemeinsamen Anlaufstellen, in den so genannten Jobcentern zusammen. Es werden jedoch weitere Änderungen, wie sie Minister Reinholz beschrieben hat, notwendig sein. Dazu ist es von größter Wichtigkeit, die unmittelbar ausführenden Träger, also unsere Kommunen und Arbeitsgemeinschaften, hinsichtlich der erforderlichen Informationen enger einzubinden, ihnen gleichzeitig aber auch die benötigten Spielräume zu belassen, um neue Wege bei der Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu beschreiten. Denn nur so kann es gelingen, das neue Leistungssystem zu etablieren. Ich denke hier

auch insbesondere an den Aufbruch der alten, starren Verwaltungsstrukturen der BA, die die Umsetzung nach meiner persönlichen Auffassung fast unmöglich machen. Daneben ist es wichtig, im Gesetz sowie den Ausführungsverordnungen und Bestimmungen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung zu schaffen. Dazu gehört es aber auch, den besonderen Bedingungen im Osten Deutschlands Rechnung zu tragen. Und genau diesem Zweck sollte die Monitoringgruppe dienen. Es kann daher nicht sein, dass die Bundesregierung derartige Veranstaltungen nutzt, um sie als Alibi für schlechte Informationspolitik ihrerseits zu verwenden.

(Beifall bei der CDU)

Keine der vorgeschlagenen Veränderungen wurde in die Überlegungen der Bundesregierung zur Umsetzung mit einbezogen, und das, obwohl eine Gesetzesänderung, wie vorhin schon angesprochen, nicht nötig ist. Übrigens, lieber Kollege Pilger, gestatten Sie mir nur eine kleine Erwiderung: Es schlägt sich in dem Punkt niemand in die Büsche. Der Ausspruch "Schluss, basta!" kam von jemand anderem.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das hat ja schon so einen Bart.)

Meine Damen und Herren, wenn sich die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit nicht so schnell wie möglich intensiver mit der Information der Betroffenen beschäftigt, dann besteht die Gefahr, dass Hartz IV zur Bremse des gesamten Reformprozesses wird.

(Beifall bei der CDU)

Bestehende Netzwerke müssen genutzt werden, um den Menschen die Angst zu nehmen und einen möglichst reibungslosen Ablauf der Hartz-IV-Umsetzung zu garantieren.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Da müssen auch Land und Kommunen mitmachen, die sind auch in der Verantwortung!)

Nicht nur die, Herr Matschie, sondern auch Sie und wir alle.

(Beifall bei der CDU)

Wie das praktisch funktioniert, ist diese Woche in Form einer Schulung beispielhaft gezeigt worden. 60 Mitarbeiter der CDU Thüringen sind geschult worden in einem Seminar im Umgang mit Hartz IV. Wir werden vor Ort beraten und mit Nachdruck den Be-

troffenen nahe legen, ihre Anträge abzugeben.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das wird von uns demnächst auch durchgeführt.)

(Beifall bei der CDU)

Freut uns, da sind wir ja einer Meinung. Das ist gut so. Den Bericht der Landesregierung beantragt die CDU-Fraktion zur Weiterberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu überweisen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Und den Antrag nicht?)

Dazu komme ich noch. Zum Antrag der Kollegen aus der SPD-Fraktion Folgendes: Das SGB II richtet sich nicht an das Land, sondern an die Bundesanstalt für Arbeit bzw. die Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere die Vermittlung und Betreuung der Langzeitarbeitslosen ist vorrangige Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. Die Länder können und sollen ergänzend wirken. Gedanken über ein umfassendes Förderkonzept für Langzeitarbeitslose müssen sich also zunächst einmal die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU)

Und genau dorthin sollte Ihre Forderung in erster Linie gehen.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Sehr richtig!)

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist allerdings, dass auch die Landesregierung nicht untätig sein darf, sondern unterstützend tätig bleiben soll.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt derzeit umfangreiche Fördermöglichkeiten für Langzeitarbeitslose im Freistaat, zum Beispiel Förderung von ABM, BSI und die Landesrichtlinie für schwer vermittelbare Arbeitslose über die Einstellungszuschüsse, die besonders für Arbeitslose gewährt werden. Auch das wurde heute schon erwähnt.

Logisch ist, dass die Förderung "Arbeit statt Sozialhilfe" an die neuen gesetzlichen Gegebenheiten angepasst werden muss. Hier wurde bereits durch die Landesregierung die Richtlinie überarbeitet. Neue Eckpunkte, sprich Fördereckwerte nach SGB II, werden erstellt. Ich gehe davon aus, dass das Spek-

trum der Projekte und somit die gesamten Fördermöglichkeiten erweitert werden, zwar nicht unbedingt finanziell, aber zumindest bei den Zugangsvoraussetzungen. Ich stelle also fest: Die Landesregierung kommt ihrer Forderung bereits nach und des Antrags hätte es dem Grunde nach eigentlich nicht bedurft.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch hält unsere Fraktion eine eingehendere Diskussion der Thematik für wichtig. Der Antrag der SPD sollte im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit weiterbehandelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Den Antrag der PDS-Fraktion, meine Damen und Herren, lehnt die CDU-Fraktion grundsätzlich ab.

(Beifall bei der CDU)

Die Forderung nach der sofortigen Aufhebung von Hartz IV ist unaufrichtig und rein populistisch. Ich kann hier nur die Aussage unseres Ministers Reinholz bekräftigen, dass wir gemeinsam mit der SPD an der Zusammenlegung der beiden Leistungssysteme und dem Grundsatz von Fordern und Fördern festhalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Hartz IV beginnt zu greifen. Zeitarbeitsfirmen haben einen 20-prozentigen Nachfragezuwachs zu verzeichnen. Im Übrigen haben Ihre Minister in Mecklenburg-Vorpommern dem Ausführungsgesetz bereits zugestimmt und arbeiten schon an der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes, gleich so Ihre Parteifreundin Neudert in Gera. Sie stellen diese Arbeit Ihrer eigenen Leute in Frage und treiben währenddessen die Leute auf die Straße.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist keine Politik für die Menschen, sondern ein ideologischer Kampf gegen die Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Hören wir doch auf, Ängste zu schüren, und bauen diese durch Sacharbeit ab. Fordern wir die Betroffenen auf, ihre Anträge abzugeben, denn am 31.12.2004 laufen die bisherigen Leistungsbescheide aus. Wer dann keinen Antrag abgegeben hat, wird dann tatsächlich keine Leistung erhalten. Dann werden wir tatsächlich soziale Notstände vor Ort haben. Dann stellen wir uns die Frage, wer das zu verantworten hat.